



Mitteilung

Berlin, den 3. November 2023

Die 51. Sitzung des Verteidigungsausschusses findet statt am Montag, dem 13. November 2023, 14:00 Uhr, Berlin, Paul-Löbe-Haus, Sitzungssaal: 4.900

Sekretariat
Telefon: +49 30 227-32537
Fax: +49 30 227-36005

Sitzungssaal
Telefon: +49 30 227-33308
Fax: +49 30 227-36332

Achtung!
Abweichende Sitzungszeit und
abweichender Sitzungsort!

Tagesordnung

Öffentliche Anhörung zu dem

Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung der Entfernung von verfassungsfeindlichen Soldatinnen und Soldaten aus der Bundeswehr sowie zur Änderung weiterer soldatenrechtlicher Vorschriften

BT-Drucksache 20/8672

Federführend:
Verteidigungsausschuss

Mitberatend:
Ausschuss für Inneres und Heimat
Rechtsausschuss

Gutachtlich:
Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung

Berichterstatter/in:
Abg. Falko Droßmann [SPD]
Abg. Kerstin Vieregge [CDU/CSU]
Abg. Agnieszka Brugger [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]
Abg. Dr. Marcus Faber [FDP]
Abg. Jan R. Nolte [AfD]
Abg. Ali Al-Dailami [DIE LINKE.]

Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, MdB
Vorsitzende



Liste der Sachverständigen für die öffentliche Anhörung zum

Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung der Entfernung von verfassungsfeindlichen Soldatinnen und Soldaten aus der Bundeswehr sowie zur Änderung weiterer soldatenrechtlicher Vorschriften (BT-Drucksache 20/8672)

Oberst André Wüstner¹
Deutscher BundeswehrVerband e.V.

Hauptmann Andreas Füllmeier²
Verband der Soldaten der Bundeswehr e.V.

Herr Thomas Kleinschnittger³
Allianz vernetzte Beamtinnen und Beamte in der EU in Deutschland – bei Bund, Ländern und Kommunen

Frau Prof. Dr. Kathrin Groh⁴
Universität der Bundeswehr München

Herr Christian Sieh⁵
Deutscher BundeswehrVerband e.V.

Herr Dr. Johannes M. Jäger⁶
Rechtsanwalt

Herr Christian Hoffmeister⁷
ver.di

¹ Auf Vorschlag der SPD-Fraktion zur öffentlichen Anhörung eingeladen.

² Auf Vorschlag der CDU/CSU-Fraktion zur öffentlichen Anhörung eingeladen.

³ Auf Vorschlag der CDU/CSU-Fraktion zur öffentlichen Anhörung eingeladen.

⁴ Auf Vorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur öffentlichen Anhörung eingeladen.

⁵ Auf Vorschlag der FDP-Fraktion zur öffentlichen Anhörung eingeladen.

⁶ Auf Vorschlag der AfD-Fraktion zur öffentlichen Anhörung eingeladen.

⁷ Auf Vorschlag der Fraktion DIE LINKE. zur öffentlichen Anhörung eingeladen.



Allgemeine Informationen zum Besuch der öffentlichen Anhörung

Interessierte Besucherinnen und Besucher werden gebeten, sich spätestens bis zum **8. November 2023** (Anmeldeschluss) mit folgenden Angaben per E-Mail (verteidigungsausschuss@bundestag.de) beim Sekretariat des Ausschusses anzumelden:

Name und Vorname
Geburtsdatum

Wegen des teilweise großen öffentlichen Interesses können Anmeldungen von Besucherinnen und Besuchern grundsätzlich nicht bestätigt werden. Interessenten, die auf Grund der begrenzten Kapazität keinen Platz mehr im Anhörungssaal erhalten, werden per E-Mail informiert. Auch bitten wir um Verständnis, dass eine Anmeldung aus Kapazitätsgründen nicht immer den Zugang garantiert. Ein frühzeitiges Erscheinen ist daher empfehlenswert.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Anhörung auch in der Mediathek der Internetseite des Deutschen Bundestages verfolgt werden kann.

Während der öffentlichen Veranstaltung dürfen durch die Besucherinnen und Besucher keine Foto-, Ton- oder Filmaufnahmen gemacht werden. Mobiltelefone müssen lautlos gestellt sein. Ein Rede- und Fragerecht für Besucherinnen und Besucher besteht nicht.

Bitte überprüfen Sie kurz vor dem Termin der Anhörung die Raumangabe auf der Internetseite des Verteidigungsausschusses, da sich diese kurzfristig ändern kann.
Bitte bringen Sie zur Einlasskontrolle einen gültigen Personalausweis oder Reisepass mit.

Die Polizei beim Deutschen Bundestag führt für Besucherinnen und Besucher, die aufgrund einer Anmeldung Zutritt zu den Liegenschaften des Deutschen Bundestages erhalten, auf Grundlage des § 2 Absatz 6c der Hausordnung des Deutschen Bundestages eine Zuverlässigkeitsüberprüfung insbesondere durch Einsichtnahme in das Informationssystem der Polizei beim Deutschen Bundestag und in das Informationssystem der Polizei (INPOL) durch. Die bei der Anmeldung übermittelten personenbezogenen Daten (Name, Vorname und Geburtsdatum) werden nach Beendigung des Besuches gelöscht beziehungsweise vernichtet.

Weitere Informationen zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten entnehmen Sie bitte den Datenschutzhinweisen des Deutschen Bundestages (<https://www.bundestag.de/datenschutz>).